

Inzwischen ist auch schon der Päpstliche „Sondernuntius“ *Francesco Colasuonno* zu einer längeren Erkundungsmission in alle Diözesen der ČSSR gereist, um sich in Gesprächen mit Bischöfen, Priestern, Ordensleuten und Laien ein Bild über geeignete Kandidaten für das Bischofsamt zu machen. Dem Vernehmen nach sind Geistliche darunter, die unter dem früheren Regime amtsbehindert waren und als Fabrikarbeiter, Straßenbahnfahrer, Taxi-Chauffeur, Glasschleifer und Nachtwächter gearbeitet hatten.

Wie *Hromadka* betonte, werde die Regierung „offen für alle Kandidaten“ sein. Es werde wieder die Vereinbarung von 1928 in Kraft treten, die vorsieht, daß den Behörden der Name eines ernannten Bischofs einige Tage vor der offiziellen Verlautbarung bekanntgegeben wird, aber die Ernennung nicht an eine vorherige staatliche Erlaubnis gebunden ist. Wenn alle vakanten Diözesen besetzt sind, seien – wie *Hromadka* gegenüber „Kathpress“ erklärte – Gespräche über die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen der ČSSR und dem Hl. Stuhl geplant. Die unter dem kommunistischen Regime amtsbehinderten Priester könnten jederzeit in ihr Amt zurückkehren, jegliche Verbote und Einschränkungen seien aufgehoben. Die Ordensgemeinschaften könnten ebenfalls wieder frei und ungehindert tätig sein. Auch erhalten die Kirchen Sendezeit im Rundfunk und Fernsehen.

Ob die Religionsfreiheit nach den ersten freien Wahlen in diesem Jahr auch dann gesichert bleibt, wenn sich eine atheistisch orientierte Parlamentsmehrheit ergeben sollte, hängt nach Ansicht *Hromadkas* davon ab, wie viele Bürger sich nun, in der offenen Atmosphäre, weiterhin als Gläubige öffentlich bekennen und engagieren. Viele Menschen in der ČSSR seien auf der Suche nach neuer geistiger Orientierung. Es zähle zu den größten Herausforderungen für die Kirchen, den fragenden Menschen adäquate, zeitgemäße Antworten zu geben. Wenn man wieder zu den „alten Modellen“ zurückkehre, werde man die Menschen für Glaube und Kirche nicht interessieren können.

Gewillt, die Herausforderung anzunehmen

Daß die katholische Kirche in der Tschechoslowakei gewillt ist, diese geschichtliche Herausforderung anzunehmen, zeigte sich schon auf der ersten Kleruskonferenz der Erzdiözese Prag, die Kardinal *Tomášek* wenige Tage nach dem Umsturz einberufen hatte. In einer Botschaft an die Konferenz konstatierte der Primas, daß die lange Periode totalitärer Herrschaft in der Tschechoslowakei auch bei den Menschen „ihre Spuren hinterlassen“ habe. „Wir müssen uns erst an ein Leben ohne Angst und Lügen gewöhnen“, stellte *Tomášek* fest. Nun, da sich auch für die Kirchen in der ČSSR völlig unerwartet „der Raum der Freiheit“ geöffnet habe, sei es notwendig, die neue Situation zu studieren, alles unter den verschiedenen Aspekten zu überdenken und dann „ohne Verzug an die Arbeit zu gehen“. Die rund 300 an der Konferenz teilnehmenden Priester bekundeten in Referaten und Diskussionen ihre Entschlossenheit dazu.

Das geistige Klima in der tschechoslowakischen Gesellschaft ist jedenfalls heute für das Wirken der Kirchen und namentlich der katholischen Kirche offener, frühere historische Ressentiments im tschechischen Landesteil gegen die katholische Kirche gehören der Vergangenheit an. Die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche und der anderen Kirchen ist durch die feste Haltung der Christen gegenüber dem

totalitären Regime wesentlich gestärkt. Insbesondere in intellektuellen-Kreisen hat man die Werte des Christentums wiederentdeckt, und Menschen, die der Kirche entfremdet waren, wandten sich wieder der Religion und dem Glauben zu. Einer dieser Intellektuellen, die sich – ohne einer Kirche anzugehören – den Werten des Christentums geöffnet haben, ist Staatspräsident *Václav Havel*. Wenn *Havel* jetzt – wenige Wochen nach Übernahme des Präsidentenamtes – Papst Johannes Paul II. bereits schon für April zu einem Besuch in die ČSSR eingeladen hat, dann entsprach er damit nicht nur einem Wunsch weitester Bevölkerungskreise, sondern bekundete damit auch den eminenten Stellenwert, den er selbst den Werten und Kräften der Religion beim künftigen Aufbau der tschechoslowakischen Gesellschaft beimißt.

Der Neubeginn, vor dem die Kirche in der Tschechoslowakei steht, kann sich also auf starke Kräfte stützen, die dem Stahlbad der Verfolgungszeit standgehalten haben. Es wäre allerdings zu wenig, wenn die Kirche des Landes nur von ihrer heroischen Vergangenheit zehren wollte. Sie braucht eine umfassende innere Erneuerung im Geist des II. Vatikanischen Konzils, um nach der Bewährungsprobe der Unfreiheit auch die Bewährungsprobe der Freiheit zu bestehen. Daß diese Kirche so lange maßgeblich von Laien mitgetragen wurde, sollte sich dabei als optimale Voraussetzung für die notwendige Erneuerung im Sinn des konziliaren Kirchenbildes vom „Volk Gottes“ erweisen. P. M.

Panama: Mit US-Gewalt vom Diktator befreit

Die politischen Vorgänge in Rumänien und im fernen Panama beherrschten in den Tagen vor, an und nach Weihnachten 1989 die Nachrichtensendungen nicht nur in der Bundesrepublik. Dabei standen die erschütternden Bilder von der blutigen Revolution in Rumänien in seltsamem Kontrast zu den Berichten über die eben-

falls blutig verlaufenden Kämpfe in Mittelamerika. Sicher war mit der Distanz von den Orten des Geschehens auch die Akzeptanz eine unterschiedliche. Aber im Fall Panama konnte man sich gelegentlich des Eindrucks nicht erwehren, daß die übermittelten Fakten einer Parodie näher kamen als der Realität. Da wurde der mittelamerika-

nische Kleinstaat Panama durch militärische Intervention der Großmacht USA von dem faktischen Diktator und Usurpator *Manuel Antonio Noriega* befreit, aber in den Berichten nahmen die überraschenden und spektakulären Umstände der Invasion dem Geschehen vorübergehend jede Seriosität.

Der Fall Noriega und die besondere Lage Panamas

Erst als Noriega in der Gewalt der Amerikaner und in die USA ausgeflogen worden war, rückte wieder ins Blickfeld, was in Panama politisch geschehen war bzw. militärisch bewirkt wurde. Die Invasion kostete mindestens 600 Menschen das Leben: 23 US-Soldaten, 321 panamaischen Militärs, nach Angaben der Regierung in Washington 220 Zivilisten. Die Zahl der zivilen Opfer dürfte aber beträchtlich höher liegen; der frühere amerikanische Justizminister *Clark* sprach sogar von mehr als 4000. 3700 Personen wurden festgenommen. Das Stadtviertel El Chorrillo, in dem das Hauptquartier Noriegas lag, wurde völlig zerstört. Der neue Präsident *Guillermo Endara* verlangt von den Vereinigten Staaten einen Schadenersatz in Höhe von mehr als zwei Milliarden Dollar, davon die Hälfte in Krediten. Die Verluste aus vermutlich zunächst von Noriega-Milizen begonnenen Plünderungen in der Hauptstadt sollen sich auf mindestens 800 Millionen Dollar belaufen.

Nationalgarde und Polizei wurden aufgelöst; bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres begann die neue Regierung mit Hilfe der Amerikaner mit der Aufstellung neuer Polizeitruppen, der „Fuerza Pública“, die sich zum großen Teil aus übergelaufenen Angehörigen der alten Sicherheitskräfte rekrutieren. Um einer raschen Normalisierung willen und um das Entstehen einer Guerilla zu verhindern, hält man dieses Risiko offenbar für tragbar; Kommandant der neuen Polizeitruppe wurde zunächst Oberst *Roberto Armijo*, unter Noriega Polizeichef und zuletzt Mitglied des Generalstabs. Noch im Januar wurde er durch den

wohl weniger kompromittierten Oberst *Eduardo Herrera* ersetzt.

Die neue Regierung fand eine weitgehend funktionsunfähige Justiz, eine korrupte Verwaltung und ein stark angeschlagenes Bankensystem – eine bedeutende Einnahmequelle des Landes – vor. Der gleich nach der Invasion auf einem amerikanischen Militärstützpunkt vereidigte Endara hat denn auch ein politisches Ziel, das er knapp formulieren konnte: den Wiederaufbau des Staates. Der beklagenswerte Zustand Panamas ist auch, aber nicht nur das Ergebnis der skrupellosen Mißwirtschaft Noriegas bzw. seiner zivilen Marionettenregierungen in den letzten Jahren. Der Kleinstaat auf dem mittelamerikanischen Isthmus ist ein besonders krasses Beispiel für ein Dritte-Welt-Land der südlichen Hemisphäre, dessen Gedeih und Verderb – im Fall Panama sogar dessen Existenz – in hohem Maße von den wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen einer Großmacht abhängen, in dessen Schatten es liegt.

Panama gehört historisch zum südamerikanischen Raum; es war bis 1903 Teil Kolumbiens und ist *als Staat ein Geschöpf der USA*, die mit Kolumbien wegen des geplanten Kanals nicht handelseinig wurden und deshalb das Departement Panama zur Unabhängigkeitserklärung bewogen. Seitdem ist das Gebiet mehr noch als die den USA nähergelegenen „Bananenrepubliken“ Mittelamerikas eine hochrangige und -sensible Interessenssphäre der Vereinigten Staaten, geprägt von der interventionistischen Big-Stick-Politik der Amerikaner. „Nicht erst seit gestern, schon seit 1903 sind die Amerikaner hier“, sagte eine Panamaerin vor der Kamera, „und wir sind immer noch unterentwickelt.“ Eine typische Äußerung nicht nur wegen des verbreiteten verbalen Antiamerikanismus, sondern wegen der enttäuschten passiven Erwartungshaltung, mit der die in ihrer nationalen Souveränität gekränkten Staaten Mittel- und Südamerikas auf die Hegemonialmacht USA antworten. Die Präsenz der USA in Panama ist auch auf den ersten Blick sichtlich stärker als in den Nachbarländern; der US-Dollar ist Landeswährung, der Le-

bensstil, wenn auch auf lateinamerikanischem Standard, amerikanisch geprägt.

In augenfälligem Kontrast zu kritischen Äußerungen anderer lateinamerikanischer Länder hat die Bevölkerung Panamas in ihrer großen Mehrheit die militärische Intervention begrüßt. Der amerikanischen Invasion war der über zwei Jahre erfolglose Versuch vorausgegangen, General Noriega zum Rücktritt zu zwingen. Zwei Putschversuche, der letzte im Oktober 1989, mißlangen; das Land war aus eigener Kraft nicht fähig, den von Armee und paramilitärischen Trupps (die Noriega den Namen „Bataillone der Würde“ verdanken) gestützten General zu entmachten. Sein Aufstieg begann in den siebziger Jahren unter General *Omar Torrijos* als – von den Amerikanern ausgebildeter – Chef des militärischen Sicherheitsdienstes. Damals wurde er vom CIA und von mehreren amerikanischen Regierungen als Informant geschätzt und genutzt. Zwei Jahre nach Torrijos' bis heute ungeklärtem Unfalltod wurde er 1983 Oberkommandierender der Streitkräfte. Durch Günstlingswirtschaft, den bedenkenlosen Einsatz von Gewalt und einen nationalistisch gefärbten Anti-Amerikanismus, der ihm in der Bevölkerung zunächst eine gewisse Popularität sicherte, wurde er zum eigentlichen Machthaber Panamas. Er berief und entließ sechs zivile Präsidenten.

Ziele und Umstände der US-Invasion

Als bei den Wahlen am 7. Mai 1989 sein Kandidat *Duque* trotz massiver Wahlmanipulationen verlor und der Kandidat der Opposition, *Endara*, gut 70 Prozent der Stimmen errang, ließ Noriega die Wahlen einfach annullieren. Die *Opposition gegen Noriega*, der sogenannte Bürgerkreuzzug, war erstarkt, nachdem im Sommer 1987 Anschuldigungen gegen ihn wegen Rauschgifthandels bekannt geworden waren und zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen geführt hatten. Die im selben Jahr von den USA verfügten Sanktionen gegen den Bankenplatz Pa-

nama schwächten die Wirtschaft und trugen mit dazu bei, daß der Staat zeitweise zahlungsunfähig war; Straßendemonstrationen von Lehrern und Beamten waren die Folge.

Außenpolitisch isolierte sich Noriega zunehmend. Gute Beziehungen unterhielt er nur zu Nicaragua und Kuba, denen er bereitwillig half, die Handelsblockade der USA zu umgehen, indem Panama ihnen den Zugang zum Devisenmarkt öffnete. *Noriegas Verwicklung in Drogengeschäfte* ist mehr als wahrscheinlich; ebenso wahrscheinlich ist, daß auf dem Finanzmarkt Panama Narco-Dollars gewaschen wurden. Die Amerikaner sehen beide Delikte als bewiesen an und nannten sie als Grund für ihre Intervention, um ihn vor ein amerikanisches Gericht stellen zu können. Bis Mitte der achtziger Jahre hatte Noriega mit der US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA zusammengearbeitet, „immer zu unserer Zufriedenheit“ (wenn auch nicht umsonst), wie der Leiter der DEA von 1981 bis 1985, *Francis Mullen*, im Januar öffentlich erklärte. Fünf Tage vor der Invasion krönte Noriega seine Karriere damit, daß er sich per Dekret zum „Lider Máximo“ der Nationalen Befreiung“ mit absoluten Vollmachten ausrufen ließ.

Die Invasion vom 20. Dezember 1989 diente nach Darstellung der US-Regierung vier Zielen: dem Schutz amerikanischer Bürger in Panama (wenige Wochen zuvor war ein Leutnant von einem panamaischen Nationalgardisten erschossen worden), der Wiederherstellung demokratischer Zustände, der Sicherung der Kanalverträge und der Festnahme des in den USA bereits wegen Drogenhandels und Geldwäsche angeklagten Noriega. *Völkerrechtlich* war diese Aktion ein bedenkliches Unterfangen, wiewohl eine eindeutige juristische Beurteilung wegen der unterschiedlichen Rechtsauslegungen schwierig ist. *Politisch* – innenpolitisch zumal – war sie insgesamt ein Erfolg des amerikanischen Präsidenten. Selbst die Demokraten gratulierten *George Bush*, und 87 Prozent der Bevölkerung hielten den Einmarsch ohne Kriegserklärung für gerechtfertigt.

Keine der Regierungen in der westlichen Welt – Spanien und Frankreich mit einer vorsichtigen Distanzierung ausgenommen – fragte nach der Legitimation oder der Verhältnismäßigkeit der Mittel: dem Einsatz einer Armee von 25 000 Mann samt dem teuersten und modernsten Kampfflugzeug der Welt, den unschuldigen zivilen und den militärischen Opfern.

Mit Verständnis konnten die Amerikaner allerdings dafür rechnen, daß der strategisch und wirtschaftlich wichtige Panama-Kanal, der in zehn Jahren in die Souveränität Panamas zurückkehrt, nicht in die Hände eines korrupten Militärdiktators fällt. Wenig überzeugend waren indes einige Begleitumstände der Invasion wie der Einbruch amerikanischer Soldaten in die Residenz des nicaraguanischen Botschafters, für den sich das Weiße Haus später entschuldigen mußte. Daß das US-Kommando Süd während Noriegas Aufenthalt in der Nuntiatur der Presse zahlreiche ebenso private und intime wie politisch unerhebliche Einzelheiten über seine Person mitteilte, die den General diskreditieren sollten, war nicht weniger peinlich als der Kommentar des strahlenden Bush im Fernsehen nach der Aktion: „wonderful“.

Fraglich ist auch, ob man Noriega nicht zuviel Ehre erweist, wenn man ihn – vorverurteilend – einen der „größten Drogenhändler der Welt“ nennt (der amerikanische Botschafter in Bonn, *Vernon Walters*, in: „Deutsche Tagespost“, 9. 1. 1990). Zur Kritik lateinamerikanischer Regierungen am amerikanischen Eingreifen meinte Walters, in Lateinamerika halte man es „manchmal für wichtiger, einen spanischsprechenden Drogenhändler an der Spitze eines Staates zu haben als einen demokratischen Präsidenten“. Mit der Entsendung eines Flugzeugträgers und eines Kreuzers vor die kolumbianische Küste zum Jahresende und der gleichzeitigen Zusicherung Washingtons, man habe noch nicht, aber man werde die Regierung in Bogotá selbstverständlich konsultieren, bevor man die Schiffe zur Aufklärung des Drogenhandels einsetze, zeigte die amerikanische Regierung an einem

zweiten Schauplatz ihre Geringschätzung diplomatischer Spielregeln – noch dazu gegenüber einem Land, dessen Hilfe bei der Bekämpfung des Rauschgifthandels für die USA weit wichtiger wäre als ein in Florida einsitzender Noriega.

Die Rolle des päpstlichen Nuntius

Im Unterschied zu anderen Konfliktherden hat sich in Panama die katholische Kirche, in diesem Fall die diplomatische Vertretung des Vatikans, nicht als vermittelnde Instanz angeboten; sie wurde vielmehr von dem flüchtigen Noriega überrascht und entsprechend unvorbereitet angetroffen. Offenbar konnte der Apostolische Nuntius in Panama, Erzbischof *José Sebastian Laboa*, wegen technischer Probleme auch keine Rücksprache mit dem Vatikan nehmen; er entschied sich in eigener Verantwortung für eine Aufnahme Noriegas.

Es ist zweifellos das Verdienst Laboas, Noriega mit der Aufnahme in die Nuntiatur „neutralisiert“ zu haben. Seine Bedingung war, daß Noriegas Truppen nicht weiter kämpfen sollten. In der Tat wurde so weiteres Blutvergießen verhindert. In den 10 Tagen, die Noriega sich in der Nuntiatur aufhielt, stand der Nuntius vor der schwierigen Aufgabe, politisches, diplomatisches Überlegen und Handeln mit humanen und pastoralen Erwägungen abzustimmen. Er hielt dem beträchtlichen Druck der Amerikaner stand, die in langen Gesprächen für ihn offenbar nicht akzeptable Lösungsvorschläge vortrugen. Wie es der gebürtige Baske fertigbrachte, Noriega zum freiwilligen Verlassen der Nuntiatur zu bewegen, ist vorläufig sein Geheimnis. Sicher werden die ständig wachsende, aufgebrachte Menschenmenge vor der Nuntiatur und die Erklärung von Präsident Endara, er könne Noriega keinen ordentlichen Prozeß garantieren, zur Aufgabe Noriegas beigetragen haben.

Am 5. Januar gab ein hoher Mitarbeiter des Weißen Hauses, der ungenannt blieb, bekannt, Noriega habe die Nun-

tiatur keineswegs freiwillig, sondern unter dem Druck eines von Laboa überbrachten Ultimatus verlassen. Die amerikanische Regierung habe den Nuntius nicht zu einem solchen Schritt aufgefordert; aber sie halte seine Entscheidung für richtig. Die Laboas Worten widersprechende, anonyme Darstellung ist für den Nuntius ein zumindest ärgerliches Faktum. Überhaupt scheint er mit dem amerikanischen Vorgehen in mancher Hinsicht nicht einverstanden gewesen zu sein. Die amerikanische Seite habe Abmachungen nicht eingehalten, erklärte er, ohne dies allerdings näher auszuführen. Vatikansprecher *Joaquín Navarro* hatte die USA eine „Besatzungsmacht“ genannt, „die die Arbeit einer diplomatischen Mission nicht behindern“ dürfe, bezeichnete aber später die Konsultationen mit den Amerikanern als einvernehmlich.

Bischöfe zwischen Verurteilung und Erleichterung

Von den Mitarbeitern Laboas verlautete andererseits, der Nuntius habe zeitweilig erwogen, die Nuntiatür zu räumen, so daß sie von den amerikanischen Truppen hätte gestürmt werden können. Auch soll er die Amerikaner schriftlich ermächtigt haben, im Falle einer Geiselnahme in die Nuntiatür einzudringen. Nach dem Abtransport Noriegas in die USA erklärte der Vatikan, damit sei die beste Lösung gefunden worden; Präsident Bush dankte dem Papst telefonisch für die Bemühungen der Kirche. Johannes Paul II. hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Invasion der „unschuldigen Opfer“ gedacht und im Blick auf Lateinamerika von der „Illusion, daß Gewalt Probleme lösen kann“ gesprochen (Catholic News Service, 22. 12. 89).

Aus der panamaischen Kirche hatte der Erzbischof von Panama-Stadt, *Marcos Gregorio McGrath*, in einer öffentlichen Erklärung zum militärischen Eingreifen der Amerikaner Stellung genommen. Die Invasion sei „ein bedauerlicher Vorgang, der unserem freien und souveränen Land eine tiefe

Wunde geschlagen hat“ und der möglichst bald beendet werden sollte. Er gestand jedoch zu, daß die Politik Noriegas die amerikanische Militärintervention heraufbeschworen habe, die insbesondere unter den ärmeren Bevölkerungsschichten zu „enormen menschlichen und materiellen Verlusten geführt hat“. Die Kirche begrüße die neue Regierung unter Endara und hoffe, daß ihm national und international das so dringend benötigte Vertrauen entgegengebracht werde.

Am ersten Tag der Invasion hatte McGrath erklärt, er sehe das ausländische Eingreifen wie wohl die meisten seiner Landsleute mit gemischten Gefühlen; es sei dem Verständnis der Panamäer von nationaler Souveränität „sehr fremd“. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß viele der Probleme, „die uns die Militärherrschaft (Noriegas) beschert hat, im Laufe der Jahre von außen geschaffen worden sind“. Das gelte vor allem für den Aufbau der Streitkräfte durch die USA. McGrath begrüßte in einer öffentlichen Erklärung die Entscheidung des Nuntius, Noriega aufzunehmen. Er selbst war gezwungen, sich wegen Morddrohungen zeitweilig ebenfalls in der Nuntiatür aufzuhalten.

Die kirchlichen Reaktionen außerhalb Panamas fielen unterschiedlich aus. In den USA begrüßte Erzbischof *Roger M. Mahony* von Los Angeles die militärische Intervention: Die Demokratie müsse verteidigt werden. Der Vorsitzende der amerikanischen Pax-Chri-

sti-Sektion, Weihbischof *Thomas Gumbleton*, Detroit, verurteilte sie: „Zuerst haben wir Noriega unterstützt und seine Armee aufgebaut – trotz seiner Verwicklungen in Drogengeschäfte. Jetzt besetzen wir das Land und gefährden unschuldiges Leben, um seiner habhaft zu werden“ (Catholic News Service, 22. 12. 1989).

44 Bischöfe Zentralamerikas hatten im November 1989 in Costa Rica die Lage in Panama erörtert. Sie forderten Noriegas Entmachtung, sprachen sich aber gleichzeitig dafür aus, daß eine militärische Intervention „so lange wie möglich vermieden“ werden sollte. Sie wiesen darauf hin, daß der Wirtschaftsboykott der Vereinigten Staaten, der von den panamaischen Bischöfen wiederholt kritisiert worden war, die Armen des Landes besonders schwer treffe. Generell beklagten die Bischöfe die „ungerechtfertigte Einmischung fremder Länder in Mittelamerika“ und eine „sture Verbissenheit“, Konflikte mit Gewalt lösen zu wollen. Die Generalsekretäre des Weltkirchenrates, des Lutherischen und des Reformierten Weltbundes sowie die Konferenz Europäischer Kirchen schrieben dem amerikanischen Präsidenten am 22. Dezember, die US-Regierung habe erneut zur Waffengewalt gegriffen, um einen politischen Konflikt zu lösen, und trage daher die politische und moralische Verantwortung für die bei den kriegerischen Auseinandersetzungen ums Leben gekommenen Menschen. G. B.

Libanon: Welche Zielvorstellung setzt sich durch?

Trotz intensiver Bemühungen gerade auch verschiedener arabischer Staaten, in den letzten Monaten zur Befriedung des Landes beizutragen, ist die Lage im Libanonkonflikt auch 15 Jahre nach seinem Beginn unsicherer und verworrener denn je (zum Hintergrund der Auseinandersetzungen vgl. HK, August 1976, 412 ff.; September

1976, 471 ff.; Dezember 1978, 635 ff.). Wenn in jüngster Zeit diese nicht endenwollende Auseinandersetzung zwischen den verfeindeten libanesischen Parteien bzw. ihren militärischen Organisationen und den außerlibanesischen Besatzungstruppen bzw. Geldgebern international wieder verstärkt Schlagzeilen machte, dann ging es da-